**Deutscher Bundestag** **Drucksache 17/954**
**17. Wahlperiode** 05. 03. 2010

# Beschlussempfehlung und Bericht

## des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Sylvia Kotting-Uhl, Ute Koczy, Kerstin Andreae, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
**– Drucksache 17/540 –**

## Wiedereinführung der Förderung von Atomexporten stoppen – Keine Hermes-Bürgschaft für Angra 3 in Brasilien

### A. Problem

Ablehnung des Bürgschaftsantrags von Siemens/Areva für den Bau des Atomkraftwerks in Brasilien; erneute Anwendung der nationalen und der OECD-Leitlinien für Umweltprüfungen bei Exportkrediten; Ausschluss der Exportförderung für Atomtechnologie.

### B. Lösung

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### C. Alternativen

Keine

### D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

## Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 17/540 abzulehnen.

Berlin, den 24. Februar 2010

**Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**

| **Eduard Oswald** | **Ulla Lötzer** |
|---|---|
| Vorsitzender | Berichterstatterin |

## Bericht der Abgeordneten Ulla Lötzer

### I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 17/540** wurde in der 19. Sitzung des Deutschen Bundestages am 28. Januar 2010 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie den Auswärtigen Ausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt des Antrags

Nach Ansicht der antragstellenden Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN muss der Bürgschaftsantrag von Siemens/Areva in Höhe von ca. 2,5 Mrd. Euro für den Bau des Atomkraftwerkes Angra 3 in Brasilien abgelehnt werden. Er berge unverantwortliche Risiken. Neben Reaktorunfällen und des Problems einer sicheren Endlagerung, bestehe immer auch die Gefahr des militärischen Missbrauchs und Wettrüstens. Die Bundesregierung müsse es sich zum Ziel machen, dieses Risiko zu verringern, und sich national und weltweit für den Ausstieg aus der zivilen wie militärischen Nutzung der Atomenergie einsetzen. Dazu gehöre auch, sich international für eine Stärkung des Nichtverbreitungsregimes von Atomwaffen einzusetzen und die Atommächte an ihre Abrüstungsverpflichtungen zu erinnern. Seit 2001 wende Deutschland im Rahmen der Außenwirtschaftsförderung wegen „nationaler Besonderheiten“ zusätzlich zu den OECD-Leitlinien von 2007 auch noch die nationalen Hermes-Umweltleitlinien von 2001 an, die insbesondere den Ausschluss der Förderung für Atomexporte vorsehen. Der Koalitionsvertrag der Bundesregierung sehe vor, diese Praxis zu ändern. Statt der Hermes-Umweltleitlinien sollen künftig ausschließlich die OECD-Leitlinien angewandt werden. Die Antragsteller fordern die Umweltleitlinien für Hermes-Bürgschaften aus dem Jahr 2001 bei der Exportförderung unverzüglich und vollständig wieder anzuwenden und die Exportförderung für Atomtechnologie auszuschließen. Weiterhin weisen sie auf die Problematik eines Reaktorbaus am Standort Angra dos Reis hin. Dadurch sichere der Bundeshaushalt ein Atomgeschäft ab, das weder modernen Sicherheitsanforderungen noch einer ernsthaften Wirtschaftlichkeitsprüfung standhalte. Der Standort liege ca. 100 km von der Millionenstadt Rio de Janeiro entfernt in der einzigen erdbebengefährdeten Region Brasiliens und der geplante Reaktorbau sei technologisch veraltet, denn die Technik sei bereits 1995 gekauft und seitdem eingelagert worden. Weiterhin erhöhe die unrealistisch niedrige Schätzung von ca. 2,5 Mrd. US-Dollar das Ausfallrisiko bei der beantragten Hermes-Bürgschaft. Bereits Angra 2 habe zu Fertigstellungskosten von 7 bis 10 Mrd. US-Dollar geführt. Ferner sei zu beachten, dass sich Brasilien bis heute weigere, das Zusatzprotokoll zum Atomwaffensperrvertrag zu unterschreiben. Dementsprechend sei eine Kooperation im Bereich der erneuerbaren Energien vielversprechender und mache einen Ausbau der Atomenergie überflüssig.

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

- den Bürgschaftsantrag für den Bau des Atomkraftwerks Angra 3 abzulehnen,
- die Umweltleitlinien für Hermes-Bürgschaften des Jahres 2001 wieder anzuwenden und
- ein Exportförderung für Atomkraftwerke auszuschließen.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 17/540 verwiesen.

### III. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 9. Sitzung am 24. Februar 2010 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 8. Sitzung am 9. Februar 2010 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 7. Sitzung am 24. Februar 2010 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 7. Sitzung am 24. Februar 2010 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat den Antrag auf Drucksache 17/540 in seiner 6. Sitzung am 24. Februar 2010 abschließend beraten.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** beschloss mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/540 zu empfehlen.

Berlin, den 24. Februar 2010

**Ulla Lötzer**
Berichterstatterin



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333